

# EU rüffelt Luzerner Datenschutz

**Untersuchung** Experten der Europäischen Union haben den Datenschutz im Kanton Luzern überprüft. Die daraus abgeleiteten Empfehlungen sind wenig schmeichelhaft – und könnten Folgen haben.

**Christian Glaus**  
christian.glaus@luzernerzeitung.ch

Der Kanton Luzern hat in Sachen Datenschutz einigen Nachholbedarf. Das moniert nicht nur der Luzerner Datenschutzbeauftragte, sondern das zeigen nun auch Empfehlungen des EU-Ministerrats unmissverständlich auf. Im Rahmen der Mitgliedschaft der Schweiz im Schengen-Raum hat im vergangenen Jahr eine Evaluation stattgefunden. Als einer von zahlreichen Bereichen wurde auch der Datenschutz untersucht – beim Bund und, stellvertretend für die Kantone, in Luzern (siehe Box rechts). Die Empfehlungen des EU-Ministerrats umfassen 30 Punkte, sieben betreffen Luzern direkt. Das sind die wichtigsten Empfehlungen:

– Die Möglichkeit, dass der Datenschutz aus «triftigen Gründen» entlassen werden kann, soll abgeschafft werden.

– Der Datenschutz soll rechtsverbindliche Entscheide treffen können.

– Der Datenschutz soll ausreichende finanzielle und persönliche Ressourcen erhalten.

– Der Datenschutz soll neue Budgetkompetenz erhalten und seine Mitarbeiter selber einstellen können.

– Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten muss der

Kanton sicherstellen, dass die Rechtmässigkeit häufiger überprüft wird. Dies betrifft Daten im Schengener- und im Visa-Informationssystem.

Die Empfehlungen kommen wenig überraschend. Auch der frühere Datenschützer Reto Fanger forderte mehr Unabhängigkeit und mehr Personal. In Datenschutzkreisen ist man sich einig: Die genannten Mängel betreffen zentrale Stellen des Datenschutzes. «Fehlende Unabhängigkeit und Defizite bei der Durchsetzung des Datenschutzes – das ist wesentliche Kritik», sagt Datenschutzexpertin Monique Sturny, Rechtsanwältin bei Walder Wyss mit Sitz in Zürich. Verbindlich sind die Empfehlungen zwar nicht. Die Schweiz wird aber aufgefordert, innerhalb von drei Mo-

naten einen Aktionsplan zu erstellen, der aufzeigt, wie die Mängel behoben werden sollen.

## Auf dem Spiel steht Zugang zu Fahndungsdatenbank

Obwohl die Schweiz nicht verpflichtet ist, die Empfehlungen umzusetzen, darf sie diese nicht auf die leichte Schulter nehmen. So wird etwa das Schengener Informationssystem von der Polizei bei Personenfahndungen verwendet. Ohne Massnahmen könnten die Polizeien diesen Zugang verlieren, sagt Beat Rudin, Datenschützer von Basel-Stadt und Präsident der Konferenz der schweizerischen Datenschutzbeauftragten. «Ich gehe deshalb davon aus, dass sie die Datenschutzbeauftragten darin unterstützen, endlich die Anforderungen auf der Datenschutzseite zu erfül-

len.» Diese Anforderungen würden schon seit 2008 gelten.

Zum Tragen kommt noch ein weiteres Thema: Bisher gilt die Schweiz für die EU als Land mit einem angemessenen Datenschutzniveau. Dieser Status wird im nächsten Jahr erneut überprüft. Dazu gehört nicht nur die Umsetzung des Datenschutzes beim Bund, sondern auch bei den Kantonen. «Es besteht das Risiko, dass die Schweiz von der EU nicht mehr als Land mit angemessenem Datenschutzniveau anerkannt wird», sagt Sturny. Das hätte weitreichende Folgen: Der grenzüberschreitende Datenaustausch würde erschwert. Schweizer Firmen, die Daten mit Unternehmen in der EU austauschen wollen, müssten dafür jeweils Datenschutzverträge abschliessen.

Die EU beurteilt das Datenschutzniveau aufgrund von drei Kriterien: Ob allgemeine rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten werden, ob der Datenschutz mittels unabhängiger Aufsichtsbehörden wirksam durchgesetzt wird und ob jene Europaratskonvention ratifiziert ist, welche genügend Mittel und Unabhängigkeit für die Datenschutzstellen vorschreibt. Bei der Durchsetzung eines wirksamen Datenschutzes durch unabhängige Aufsichtsbehörden ist Sturnys Fazit unmissverständlich: «Hier ist die Schweiz ganz klar ungenügend.»

## Verspätung bei Anpassung der Datenschutzgesetze

Eigentlich hätten Bund und Kantone ihre Datenschutzgesetze schon per 1. August 2018 an die neuen Anforderungen des Euro-

parates und der EU anpassen müssen. Bisher haben einzig Bern und Aargau provisorisch ihre Gesetze revidiert.

Die Luzerner Regierung hatte im Februar 2018 einen Anlauf gestartet. Der von Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker (SVP) vertretene Vorschlag wurde aber in der Vernehmlassung zerzaust. Die Parteien störten sich vor allem daran, dass die Gemeinden neu die geplante Aufstockung der Datenschutzstelle von 90 auf 400 Stellenprozente zur Hälfte mitfinanzieren müssten. Auch kritisierten sie, dass die Anpassung zu früh erfolge – noch bevor die Revision des Datenschutzgesetzes auf Bundesebene abgeschlossen sei. Und auch, dass die Datenschutzstelle unabhängiger werden soll, löste nicht nur Begeisterung aus.

Seither ist es ruhig geworden um das Luzerner Datenschutzgesetz – obwohl die Regierung davon sprach, dass dieses in der zweiten Hälfte 2018 in den Kantonsrat kommen soll. Einen neuen Zeitplan kann Erwin Rast vom Justiz- und Sicherheitsdepartement nicht nennen. Er betont aber: «Die Arbeiten ruhen nicht.» Und er versichert: Für die geplante Botschaft sollen die Revision des eidgenössischen Datenschutzgesetzes und der Bericht zur Schengen-Evaluation berücksichtigt werden. Der Schengen-Bericht liegt dem Regierungsrat noch nicht vor.

Mitarbeit: Remo Hess, Brüssel

## Fragen zur Evaluation

Der Grüne Kantonsrat Hans Stutz (Luzern) hat zu den Empfehlungen des EU-Ministerrats eine Dringliche Anfrage eingereicht. Er schreibt: «Nun ist europäisch zertifiziert: Luzerns Datenschutz ist miserabel.» Stutz stellt zehn Fragen und verlangt Auskunft darüber, wann und wie der Regierungsrat die Empfehlungen umsetzen will. Die Regierung solle rasch handeln – insbesondere bei Massnahmen, die sich ohne Gesetzesänderung umsetzen lassen. (cgl)

## «Bei der Durchsetzung des Datenschutzes ist die Schweiz ganz klar ungenügend.»

**Monique Sturny**  
Datenschutzexpertin

## Experten nehmen Bund und Kanton unter die Lupe

Jeder Mitgliedstaat des Schengen-Raums wird regelmässig überprüft, ob er seinen Verpflichtungen nachkommt. 2018 fand die Evaluation zum dritten Mal in der Schweiz statt – nach 2008 und 2014. Während eines Monats nahmen Sachverständige der Schengen-Staaten und der Europäischen Kommission Ortsbesichtigungen vor. Untersucht wurden unter anderem folgende Bereiche: Grenzkontrolle an den Flughäfen, Nutzung des Schengener

Informationssystems (unter anderem Personenfahndung), Verarbeitung personenbezogener Daten. Am 27. Februar nahmen die Experten den Datenschutz im Kanton Luzern unter die Lupe.

Da die Berichte der Schengen-Evaluation auch sicherheitsrelevante Informationen enthalten, werden sie in der Regel als vertraulich klassifiziert. Veröffentlicht werden lediglich die aus der Evaluation abgeleiteten Empfehlungen. (cgl)

# Nach der Abstimmungsschlappe: Stadtrat zieht seine Lehren

**Sursee** Der Surseer Stadtrat hat an der Gemeindeversammlung vom Montagabend eine Niederlage erlitten: Die Bürger versenkten ein Kernstück der revidierten Ortsplanung. Der Stadtpräsident verteidigt seine Pläne – gesteht aber auch Fehler ein.

Es war eine strenge Woche für Beat Leu (CVP). Der Surseer Stadtpräsident leitete am Montag- und Dienstagabend die ausserordentliche Gemeindeversammlung zur Gesamtrevision der Ortsplanung – und musste vor allem am Montag viel einstecken: Die Einsprachen zum Gebiet Münchrüti-Chlifeld wurden von der Bevölkerung angenommen. Der Stadtrat wollte in diesem Gebiet ermöglichen, Hochhäuser zu realisieren. Dafür wäre aber eine Umzonung nötig gewesen.

Der Stadtrat bedauerte, aber akzeptierte diesen Entscheid. Und er begründet den Widerstand mit verschiedenen Ursachen. «Es waren am Montag viele Einwohner anwesend, die direkt betroffen waren. Sie waren unzufrieden mit den Einspracheverhandlungen und erschienen mit einer Stimmung, die schwierig war.» Der Dienstagabend verlief hingegen ruhiger. Man paukte anderthalb Mal so viele Einsprachen durch wie am Vorabend. Praktisch alle Anträge des Stadtrates wurden angenommen. Doch woher der Sinneswandel? «Ich glaube, die Bürger konnten am ersten Abend Dampf ablassen und sich positionieren. Am Dienstag merkten sie, dass nicht alles schlecht ist. Es war durchaus konstruktiv.»

Leu glaubt, dass der Stadtrat mit der Vorlage vielleicht etwas über das Ziel hinausgeschossen



Im Gebiet Münchrüti in Sursee wollte der Stadtrat den Bau von Hochhäusern ermöglichen.

Bild: Philipp Schmidli (21. März 2019)

sei. «Es waren viele Projekte, die aber noch ziemlich unkonkret waren. Es kann sein, dass es für die Bürger zu viel auf einmal war.» Jedoch wurde an der Versammlung auch Kritik an den Einspracheverhandlungen laut. Man habe sie

nicht ernst genommen, hiess es. Stadtpräsident Leu wiegelt ab. «Ich war bei einigen Verhandlungen dabei und habe diese nicht als unfair empfunden. Solche Verhandlungen sind anspruchsvoll, und wenn man nicht gewinnt,

neigt man vielleicht dazu, so etwas zu sagen.» Ausserdem hätten die Surseer 2013 bei der Revision des Raumplanungsgesetzes mit über 72 Prozent einer inneren Verdichtung zugestimmt. Der Auftrag an den Stadtrat war klar:

Er musste Projekte vorlegen, die dies ermöglichen. Und, so Leu: «Der Stadtrat hat die Aufgabe, Visionen aufzuzeigen. Wenn wir das nicht machen, verändert sich die Stadt nicht.» Die Signale seien vorweg durchaus positiv gewe-

sen. Im Surehof und für das Projekt «Park Avenue», das nun Makulatur ist, erhielt der Stadtrat positive Rückmeldungen.

## Konkrete Projekte statt vager Pläne

Den einzelnen Niederlagen gewinnt der Stadtpräsident aber auch Positives ab. «An einer Gemeindeversammlung spürt man, was den Leuten passt und was nicht. Hätten wir an einer Urnenabstimmung ein Nein bekommen, wüssten wir nicht, wo wir den Hebel ansetzen müssten.»

Sind Hochhäuser den Surseern also ein Dorn im Auge? Leu negiert: «Hochhäuser haben nicht generell einen schlechten Stand in Sursee. Mit der LUKB beim Surseepark entsteht gerade eines, und mit der PAX in der Nähe des Bahnhofes ist ein weiteres Hochhaus geplant.» Es gehe wohl eher darum, konkrete Projekte vorzuweisen.

Mit den abgelehnten Projekten ist klar: Es wird weniger neue Wohnungen geben, als geplant. Explodieren nun die Wohnpreise? Leu: «Bei der LUKB und PAX entstehen Wohnungen, auch am Vierherrenplatz ist etwas geplant. Es gibt also noch Projekte, damit die Immobilienpreise nicht explodieren.»

**Martina Odermatt**  
martina.odermatt@luzernerzeitung.ch